

2437

Antrag

der Fraktion Die Linke

Mobilität für alle: Sozialticket für 9 Euro wiederherstellen, Deutschlandticket sozial machen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die geplante Preiserhöhung des Berlin-Ticket S (Sozialticket) auf 27,50 Euro zurückzunehmen und stattdessen den Preis wieder auf 9 Euro abzusenken.

Weiterhin wird der Senat aufgefordert, zusätzlich ein ermäßigtes Deutschlandsozialticket für den Preis von 19 Euro einzuführen.

Begründung:

Am 18. September 2025 hat die Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, Cansel Kiziltepe, im Ausschuss für Arbeit und Soziales im Rahmen der 1. Lesung des Einzelplans 11 bestätigt, dass der Preis für das Berlin-Ticket S auf 27,50 Euro erhöht werden soll. Bereits zum 1. April 2025 wurde der Preis des Berlin-Ticket S von 9 Euro auf 19 Euro mehr als verdoppelt. Nun soll er zum 1. Januar 2026 erneut deutlich steigen. Damit droht eine Verdreifachung innerhalb von nicht einmal einem Jahr. Es wird deutlich, dass der Senat plant, gerade bei jenen Menschen zu sparen, die durch steigende Mieten, Inflation und wachsende Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt ohnehin schon am stärksten belastet sind.

Menschen mit geringen Einkommen, Alleinerziehende, Erwerbslose oder Rentner*innen mit kleiner Rente müssen einen erheblichen Teil ihres ohnehin geringen Einkommens für die Grundversorgung und Güter des täglichen Bedarfs aufwenden. Gerade diese Güter und Dienstleistungen sind in den letzten Jahren überdurchschnittlich im Preis gestiegen, während

sich die Einkommen in diesen Gesellschaftsgruppen kaum erhöht haben. Ein teureres Sozialticket verschärft diese soziale Schieflage zusätzlich.

Hinzu kommt, dass Mobilität eine wesentliche Voraussetzung für soziale Teilhabe ist. Sei es für den Weg zur Arbeit, zu Arztterminen, Bildungsangeboten oder kulturellen Einrichtungen. Wer Mobilität einschränkt, grenzt Menschen vom gesellschaftlichen Leben aus.

Gleichzeitig ist ein günstiges Sozialticket ein wichtiger Baustein für die notwendige Verkehrswende und Klimaschutz. Nur wenn der öffentliche Nahverkehr für alle Bevölkerungsgruppen bezahlbar bleibt, gelingt der Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn in der Breite. Höhere Preise für das Sozialticket wirken nicht nur unsozial, sondern laufen auch den Zielen eines klimafreundlichen, stadtverträglichen und nachhaltigen Verkehrssystems zuwider. Berlin muss hier mit gutem Beispiel vorangehen, statt soziale Barrieren aufzubauen.

Andere Kommunen und Bundesländer zeigen längst, dass ein sozial gerechterer Umgang möglich ist: Hamburg hat beispielsweise ein Deutschland-Sozialticket eingeführt, das für nur 22,50 Euro im Monat erhältlich ist.¹ Es ist daher nicht nachvollziehbar, warum Berlin als Hauptstadt und als Bundesland mit einem besonders hohen Anteil an einkommensarmen Haushalten nicht ebenfalls ein ermäßigtes Deutschland-Sozialticket anbietet. Ein Preis von 19 Euro wäre ein starkes Signal für mehr soziale Gerechtigkeit und würde zugleich sicherstellen, dass auch Menschen mit geringem Einkommen bundesweit mobil bleiben können.

Berlin, den 30.09.2025

Helm Schulze Ronneburg Schubert
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

¹ <https://www.hvv.de/de/fahrkarten/sozialrabatt>